

II-3436 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1652/8

A N F R A G E

1991-10-02

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, DDr. Niederwieser

und Genossen

an den Bundesminister für Unterricht und Kunst

betreffend Schulversuche für verlängerte Pfingstferien

Zu Beginn des heurigen Schuljahres sind insbesondere in den Fremdenverkehrsgemeinden des Tiroler Paznaun Klagen darüber aufgetaucht, daß das Amt der Tiroler Landesregierung seine Zustimmung für verlängerte Pfingstferien verweigerte. Die Ablehnung erfolgte unter Hinweis auf die 5-%-Klausel für derartige Schulversuche. Eltern und Lehrer der betroffenen Gemeinden hatten sich nahezu einstimmig für verlängerte Pfingstferien ausgesprochen, da ihnen diese Regelung die Möglichkeit gäbe, nach der anstrengenden Saison gemeinsam mit ihren Kindern ein paar Ferientage zu verbringen.

§ 11 des Bundesschulzeitgesetzes legt fest, daß die Ausführungsgesetzgebung auf Landesebene zwar Schulversuche für eine abweichende Schulzeitregelung zulassen kann, die Anzahl von 5 % der Klassen an gleichartigen Pflichtschulen im betreffenden Bundesland aber nicht überschritten werden darf.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Unterricht und Kunst nachstehende

A n f r a g e:

1. Wie beurteilen Sie den Wunsch der Eltern und Lehrer aus Fremdenverkehrsgemeinden nach einer verlängerten Pfingstferienwoche, wobei die zusätzlichen Ferientage selbstverständlich hereinzubringen sind?
  
2. Sind Sie bereit, durch eine Anhebung der derzeitigen 5-%-Klausel eine Ausweitung der Schulversuche für eine abweichende Schulzeitregelung zu ermöglichen?

- 2 -

3. Sehen Sie eine andere Möglichkeit, den vorangeführten Wunsch nach verlängerten Pfingstferien zu erfüllen?
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie darüberhinaus, die Autonomie der einzelnen Schulen im Bereich der Schulorganisation zu erhöhen?